

# Fall 1: „Rudi, der Hirsch“

## Sachverhalt

1. Heinrich Venenmann (V) ist Alleinerbe seiner Großtante Gertrud, genannt „der Drachen“! Nach dem Ausräumen von Haus und Hof und einigen Fahrten zur Müllhalde will V die „noch guten Sachen“ auf dem Sonntagsflohmarkt beim „großen Famila-Markt“ verkaufen.
2. Auf dem von ihm aufgestellten Tapetentisch liegt ohne Angabe von Preisen neben Messern, Gläsern, gehäkelten Eierwärmern und anderen Scheußlichkeiten das Gemälde „Rudi, der gnadenlos röhrenden Hirsch im milden Abendlicht“.
3. Der des Weges kommende Kunstkenner Kurti (K) verguckt sich sofort in „Rudi“ und fragt V, was „das Bild mit der schönen Kuh denn kosten soll“.
4. V erklärt, „für dieses ganz und gar wunderbare Tierbild verlange er 100 Kröten!“
5. K erwidert: „Allenfalls 30 Eier werde ich zahlen“.
6. Darauf V: „Unter 50 Möpse nie nich“.
7. K hält V daraufhin mit den Worten „friss Rudi oder stirb“ zwei Zwanzig-Euro-Scheine unter die Nase,
8. die V mit den Worten „Das ist eigentlich viel zu wenig“ annimmt und einsteckt.
9. Als K daraufhin das Bild vom Tisch nehmen will, erklärt V aber, K müsse „zunächst noch ganz flott mindestens einen Zehner drauflegen. Vorher werde Rudi sich nicht in Bewegung setzen“.
10. Damit ist K nicht einverstanden und verlangt die sofortige Herausgabe des Bildes. Zu recht?

## Vorüberlegungen zur Lösung

- Was soll geprüft/untersucht werden?
- Wann kann K die Herausgabe des Bildes verlangen?
- Wie kommt ein Vertrag zustande?

## Lösung

Nach der Aufgabenstellung (Abs. 10) ist zu prüfen, ob K die sofortige Herausgabe des Bildes von V erlangen kann.

Da K von V etwas möchte, nämlich einen Anspruch durchsetzen, benötigt K eine **Anspruchsgrundlage**, die in der Rechtsfolge genau das ausspricht (vorschreibt), was K verlangt.

Hier will K die Herausgabe des Bildes, weil er der Meinung ist, mit V einen wirksamen Kaufvertrag über das Bild zum Preise von 40 € geschlossen zu haben.

Die mögliche Anspruchsgrundlage bildet deshalb § 433 Abs. 1 S. 1 BGB. Denn durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen. Die mit Übereignung und Übergabe des Bildes entspricht der von K begehrten „Herausgabe“ des Bildes von V.

Jetzt ist zu überlegen, welche Tatbestandsvoraussetzungen die mögliche Anspruchsgrundlage enthält. Mit anderen Worten: Was muss vorliegen, damit ein Anspruch nach § 433 Abs. 1 S. 1 BGB gegeben ist?

Die Voraussetzungen einer Anspruchsgrundlage können dadurch ermittelt werden, dass die jeweilige Vorschrift in einer „Wenn-dann-Fassung“ gelesen wird. Danach lautet § 433 Abs. 1 S. 1 BGB wie folgt:

**Wenn**

1. ein Kaufvertrag über eine Sache vorliegt und wenn
2. V der Verkäufer und wenn
3. K der Käufer ist

**dann**

ist V als Verkäufer verpflichtet, K als Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen.

Es fällt auf, dass in der Vorschrift nicht von einem **Anspruch des K**, sondern lediglich von einer **Pflicht des V** die Rede ist. Hier ist ein Umkehrschluss erforderlich, der wie folgt lautet:

Wenn V gegenüber K zu etwas **verpflichtet** ist, dann hat K einen entsprechenden **Anspruch** gegen V!

§ 433 Abs. 1 S. 1 BGB setzt – wie gesehen – voraus, dass zwischen V und K ein Kaufvertrag über das Bild zum Preis von 40 € vorliegt, wobei V der Verkäufer und K der Käufer des Bildes sein muss. Es ist deshalb zu prüfen, ob V und K einen entsprechenden Kaufvertrag geschlossen haben.

Dafür ist zunächst zu überlegen, wie ein Kaufvertrag ganz allgemein (*abstrakt*) zustande kommt und anschließend (konkret) zu prüfen, ob die abstrakten Voraussetzungen hier, also im konkreten Fall, vorliegen.

Also <b>a</b> (abstrakt) vor <b>k</b> (konkret)
---

Ein Kaufvertrag kommt (wie jeder andere Vertrag ganz allgemein, abstrakt) dadurch zustande, dass die Parteien sich auf den Vertragsschluss **einigen**. Wie die Einigung konkret erzielt wird, ist ohne Bedeutung. Es kommt nur darauf an, **dass** eine Einigung erzielt wird.

In der Regel kommt die Einigung dadurch zustande, dass eine Partei einen **Antrag** abgibt und die andere Partei diesen Antrag **rechtzeitig annimmt**, also die **Annahme** erklärt. Im Folgenden wird, wie es in der Praxis üblich ist, statt des Wortes „Antrag“ vom „**Angebot**“ gesprochen.

Damit steht fest, was zu untersuchen ist:

Es ist zu prüfen, ob im vorliegenden Fall *eine* Partei ein **Angebot** zum Abschluss eines Kaufvertrages abgegeben hat und ob die *andere* Partei dieses Angebot **rechtzeitig angenommen** hat.

Dafür ist es wichtig zu wissen, was man unter einem „Angebot“ und einer „rechtzeitigen Annahme“ versteht. Um diese Fragen beantworten zu können, ist der jeweilige Begriff zunächst zu definieren. Dies geschieht noch ohne Bezug auf den konkreten Fall, also wiederum abstrakt.

Anschließend ist zu untersuchen, ob die abstrakten Voraussetzungen im konkreten Fall vorliegen. (**a vor k!**) Dieser Schritt wird als „Subsumtion“ bezeichnet.

Subsumtion bedeutet also, dass geprüft wird, ob die abstrakten Voraussetzungen einer Rechtsnorm im konkreten Fall vorliegen. Dafür ist es erforderlich, sich mit den im Sachverhalt der Aufgabenstellung enthaltenen Angaben vertraut zu machen.

Zunächst muss aber abstrakt geklärt werden, was unter einem Angebot zu verstehen ist, wie ein Angebot also definiert wird:

*Ein Angebot ist eine Erklärung, die die Parteien des abzuschließenden Vertrages, die Leistung der einen Partei und die Gegenleistung der anderen Partei enthalten muss. Außerdem muss die Person, die die Erklärung abgibt, sich bereits rechtlich binden wollen, also mit Rechtsbindungswillen handeln.*

Wenn ein Angebot vorliegt, ist zu klären, ob eine rechtzeitige Annahme dieses Angebotes erfolgt ist. Dafür ist im

- ersten Schritt zu überlegen, **ob** (überhaupt) eine Annahme vorliegt.
- Im zweiten Schritt ist, sofern ein Sachverhalt dafür eine Veranlassung gibt, zu klären, ob die Annahme **rechtzeitig** erfolgt ist.

Auszugehen ist von der Definition der Annahme:

*Die Annahme eines Angebotes setzt voraus, dass sich der Empfänger des Angebotes mit dem Angebot in allen Punkten ohne Änderungen einverstanden erklärt. Er muss mit „Ja“, mit „einverstanden“ oder in ähnlicher Form reagieren. Keine Annahme liegt vor, wenn das Angebot ausdrücklich abgelehnt wird (§ 146 BGB), der Empfänger gar nicht reagiert (Ausnahme „Schweigen“) oder wenn der Empfänger das Angebot nur mit Änderungen, etwa in Form von Erweiterungen oder Einschränkungen annimmt. Das sind die sogenannten „Ja, aber-Fälle“. Eine solche eingeschränkte Annahme gilt gemäß § 150 Abs. 2 BGB als Ablehnung verbunden mit einem neuen Antrag = einem neuen Angebot.*

### Beispiel

Das Angebot des V enthält einem Preis von 70 €, der Käufer erklärt, er wolle die Ware kaufen, allerdings für 60 €. Damit liegt grundsätzlich eine Annahme vor, allerdings mit einer Änderung in Bezug auf den Preis. Nach § 150 Abs. 2 BGB gilt eine solche Annahme unter Änderungen (mit einer Änderung) als Ablehnung verbunden mit einem neuen Antrag = Angebot.

Für unsere weiteren Überlegungen gilt Folgendes:

**Wenn** die Prüfung ergibt, dass

- eine Partei ein Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages über das „Rudi-Bild“ zu einem Kaufpreis von 40 € abgegeben hat und V der Verkäufer und K der Käufer ist,  
und wenn
- die andere Partei dieses Angebot rechtzeitig angenommen hat,

**dann**

ist ein entsprechender Kaufvertrag geschlossen worden.

Daraus ergäbe sich die Rechtsfolge, dass der V als Verkäufer nach § 433 Abs. 1 S. 1 BGB verpflichtet wäre, die Sache an K als Käufer zu übergeben, also an diesen herauszugeben. K hätte demzufolge einen Anspruch auf die sofortige Herausgabe des Bildes.

Damit stehen der Untersuchungsgegenstand und auch die Vorgehensweise fest:

Es ist zu prüfen, ob Angebot und Annahme vorliegen!

Die schriftliche Lösung ist dabei im sogenannten „**Gutachtenstil**“ zu verfassen. Das zu erstellende Rechtsgutachten beginnt mit einer Hypothese, dann erfolgt die Untersuchung, anschließend wird das Ergebnis festgestellt.

Immer dann, wenn eine Partei einen Anspruch gegen eine andere Partei geltend macht, bildet der Satz „**Wer will was von wem woraus?**“ den Ausgangspunkt der Überlegungen.

Auf unseren Sachverhalt übertragen könnten die ersten Sätze der Lösung etwa wie folgt lauten:

*K könnte einen Anspruch auf die sofortige Herausgabe des Bildes gegen Zahlung von 40 € gegen V aus § 433 Abs. 1 S. 1 BGB haben (Hypothese). Voraussetzung ist, dass zwischen V und K ein entsprechender Kaufvertrag vorliegt. Ein Kaufvertrag kommt in der Regel dadurch zustande, dass eine Partei ein Angebot abgibt, welches von der anderen Partei rechtzeitig angenommen wird.*

*Das **Angebot** zum Abschluss eines Kaufvertrages muss die Parteien, die Leistung der einen Seite (Kaufgegenstand) und die Gegenleistung der anderen Seite (Preis) enthalten. Außerdem muss derjenige, der die Erklärung abgibt, sich bereits rechtlich binden wollen, also mit Rechtsbindungswillen handeln.*

Im Folgenden muss jetzt geprüft werden, ob die gerade genannten abstrakten Voraussetzungen für das Vorliegen eines Angebotes im konkreten Fall erfüllt sind. Dabei ist nach der „historischen Methode“ vorzugehen. Es ist deshalb mit der Sequenz aus dem Sachverhalt zu beginnen, bei der möglicherweise erstmals ein Angebot vorliegen könnte. Das ist hier das Auslegen des Bildes durch V zum Zwecke des Verkaufs auf dem Tapetentisch.

*V könnte ein Angebot dadurch abgegeben haben, dass er das Bild zusammen mit den anderen Gegenständen zum Zwecke des Verkaufs auf dem Tapetentisch auf dem Flohmarktgelände abgelegt hat. Bedenken bestehen aber, ob die Parteien des Vertrages damit bereits ausreichend bestimmt sind. Hier ließe sich argumentieren, dass V die eine Partei und jeder Besucher des Flohmarktes, der Interesse am Kauf des Bildes zeigt, die andere Partei ist. Die Leistung des V kann ebenfalls bestimmt werden (Übereignung des Bildes), doch ist die Gegenleistung (Höhe des Kaufpreises) noch offen. Außerdem kann nicht festgestellt werden, dass V den Rechtsbindungswillen hatte, mit jedem potentiellen Interessenten einen Kaufvertrag zu schließen. Das Auslegen des Bildes auf dem Tapetentisch beinhaltet deshalb noch kein Angebot, sondern lediglich eine „*invitatio ad offerendum*“, also eine Aufforderung (Einladung) an die Besucher des Flohmarktes, ein Angebot abzugeben.*

*Nach diesen Maßstäben ist auch die Frage des K nach dem Preis des Bildes noch kein Angebot, sondern wiederum eine *invitatio ad offerendum*, durch die V dazu bewegt werden soll, ein Angebot abzugeben.*

Die Erklärung des V, dass er für das Bild „100 Kröten“ verlange, könnte ein Angebot sein. Da diese Erklärung nicht eindeutig ist, muss sie gemäß §§ 133, 157 BGB ausgelegt werden. Danach kommt es darauf an, wie K als verständiger Empfänger die Erklärung unter Berücksichtigung der Verkehrssitte und der Umstände des Einzelfalles verstehen konnte und verstehen musste. K musste die Erklärung so verstehen, dass V ihm ein Angebot zum Kauf des Bildes, und zwar für 100 € machen wollte. Aus der Erklärung des V lassen sich die Parteien des Kaufvertrages (V und K), die Leistung der einen Seite (Übereignung des Bildes) und die Gegenleistung (Zahlung von 100 €), der Rechtsbindungswille des V lässt sich aufgrund der Umstände feststellen. Denn V steht ja auf dem Flohmarkt mit der Absicht, das Bild und die anderen auf dem Tapetentisch liegenden Gegenstände zu verkaufen.

Zwischenüberlegung: Da ein Angebot des V vorliegt, ist zu prüfen, ob die andere Partei, also K, dieses Angebot ohne Einschränkungen rechtzeitig angenommen hat. Dann wäre ein Kaufvertrag geschlossen!

Dieses Angebot des V müsste K durch ein einfaches „Ja“ oder in ähnlicher Weise angenommen haben. K hat erklärt, dass er „allenfalls 30 Eier“ zahlen werde. Auch diese Erklärung ist gemäß §§ 133, 157 BGB vom Empfängerhorizont auszulegen. V musste die Erklärung so verstehen, dass K das Angebot zum Kauf grundsätzlich annehmen wollte, aber nur bereit war, einen Kaufpreis von 30 € zu zahlen. Nach § 150 Abs. 2 BGB gilt eine solche Annahme unter Änderungen als Ablehnung des (vorhergehenden) Angebotes (des V) verbunden mit einem neuen Angebot. Nunmehr liegt also ein Angebot des K zum Kauf des Bildes für 30 € vor.

Zwischenüberlegung: Da jetzt ein Angebot des K vorliegt, ist zu prüfen, ob V dieses Angebot rechtzeitig angenommen hat und damit der Kaufvertrag geschlossen worden ist.

Dieses Angebot des K hat V jedoch abgelehnt, weil er nicht bereit ist, das Bild unter „50 Möpsen“, womit nach §§ 133, 157 BGB 50 € gemeint sind, zu verkaufen. Damit liegt nach § 150 Abs. 2 BGB ein neues Angebot des V vor.

Zwischenüberlegung: Jetzt ist zu prüfen, ob K dieses Angebot angenommen hat.

Auf dieses Angebot hat K so reagiert, dass er V mit den Worten „friss Rudi oder stirb“ zwei Zwanzig-Euro-Scheine hingehalten hat. Dieses Verhalten ist nach §§ 133, 157 BGB so zu verstehen, dass K das Angebot des V über 50 € ablehnt und – gemäß § 150 Abs. 2 BGB – ein neues Angebot über 40 € unterbreitet.

Zwischenüberlegung: Jetzt ist zu prüfen, ob V dieses Angebot des K über 40 € rechtzeitig angenommen hat.

*Eine ausdrückliche Annahme durch V liegt nicht vor, da V erklärt, dass 40 € „eigentlich viel zu wenig“ seien. Da V aber andererseits die 40 € annimmt und einsteckt, könnte eine konkludente Annahme vorliegen. K konnte und musste als verständiger Beobachter dieses Verhalten des V aufgrund der Umstände des Verkaufs auf dem Flohmarkt und der vorherigen Verhandlungen nur so verstehen, dass V bereit war, den Preis von 40 € zu akzeptieren. Denn der Preis lag nur geringfügig unter der letzten Forderung des V in Höhe von 50 €. Ohne ein Einverständnis mit dem Angebot zu 40 € hätte V auch kein Recht gab, das Geld anzunehmen und einzustecken. Aus seinem Verhalten ist deshalb eindeutig abzuleiten, dass er den Kaufpreis von 40 € akzeptiert. Dem steht nicht entgegen, dass V das Angebot als „eigentlich“ zu gering bezeichnet hat.*

Zwischenüberlegung: Angebot und Annahme liegen vor!

Da die Annahme durch V unverzüglich nach der Abgabe des Angebotes des K erfolgt, muss in diesem Fall nicht thematisiert oder gar untersucht werden, ob die Annahme des V „rechtzeitig“ erfolgt ist. Es könnte allenfalls der Hinweis erfolgen, dass hier eine Annahme unter Anwesenden vorliegt, die sofort und damit rechtzeitig im Sinne des § 147 Abs. 1 erfolgt ist. In anderen Fällen kann das ganz anders sein und es entscheidend darauf ankommen, ob eine Annahme rechtzeitig erfolgt ist! Dann muss diese Frage genau untersucht werden!

*Damit liegen ein Angebot des K über 40 € und eine – rechtzeitige – Annahme des V zu diesem Preis vor, sodass ein Kaufvertrag über das Bild zum Kaufpreis von 40 € geschlossen wurde. K hat damit gemäß § 433 Abs. 1 Satz 1 BGB einen Anspruch auf die sofortige Herausgabe des Bildes gegen V.*

Zwischenüberlegung: Es ist noch anzusprechen, dass V das Bild an K nur herausgeben will, wenn dieser zuvor weitere zehn Euro zahlt.

*Etwas anderes könnte sich daraus ergeben, dass der V den geschlossenen Kaufvertrag über 40 € nicht erfüllen, sondern die Zahlung weiterer zehn Euro verlangt. Er möchte damit eine Änderung des geschlossenen Kaufvertrages in Bezug auf den Kaufpreis erreichen. Seine Forderung beinhaltet deshalb gemäß §§ 133, 157 BGB ein Angebot zur Änderung des geschlossenen Kaufvertrages, das aber von K abgelehnt wird. Es verbleibt deshalb bei dem bisherigen Ergebnis, sodass K gemäß § 433 Abs. 1 Satz 1 BGB die sofortige Herausgabe des Bildes von V verlangen kann.*